



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Bundesregierung: Beratungsangebote gegen Diskriminierung sollen ausgebaut werden

08.11.2021 Fachinformation

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration haben am 3. November 2021 gemeinsam eine Stärkung des Engagements gegen Diskriminierung gefordert. Die Ergebnisse ihres Vierten Gemeinsamen Berichts an den Deutschen Bundestag unterstreichen demnach die Dringlichkeit, mit der der Einsatz für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gestärkt werden müsse.

Die drei Institutionen geben drei gemeinsame Empfehlungen: Zum einen plädieren sie für einen flächendeckenden und finanziell langfristig gesicherten Ausbau staatlicher und nichtstaatlicher Antidiskriminierungsstellen, wozu auch die Einrichtung von Landesantidiskriminierungsstellen in allen Bundesländern gehört. Sie raten außerdem zum Ausbau alternativer Streitbeilegungsverfahren von Diskriminierungsfällen zum Beispiel durch Schlichtungsstellen insbesondere in zentralen Bereichen wie dem Wohnungsmarkt. Drittens braucht es den Empfehlungen zufolge eine bessere Sichtbarmachung von Diskriminierungsthemen in groß angelegten Datenerhebungen wie dem sozio-ökonomischen Panel SOEP. Empfohlen wird auch ein Gleichstellungsmonitoring in der Bundesverwaltung.

Mehr Details unter:

https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/20211103_Vierter_Gemeinsamer_Bericht.html

<https://bbu.de/beitraege/bundesregierung-beratungsangebote-gegen-diskriminierung-sollen-ausgebaut-werden>